Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztaldank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 291 74 Stuttgart.

Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einspaltige 46 mm breite Millimeterzeile 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 245 | Fernruf 479 | Samstag den 19. Oktober 1935 | Fernruf 479 | 70. Jahrgang

Das Reichskabinett verabschiedet neue Gesetze

Berlin, 18. Okt. Das Reichskabinett verabschiedete in der ersten Sitzung am Freitag nach der Sommerpause zunächst ein Gesetz über die Staatsbanken, durch das die Gesetzgebung zum Abschluß gebracht wird, die eine einheitliche Lenkung der Kredit- und Kapitalmarktpolitik ermöglichen soll. Die Aufsicht über die Staatsbanken geht von den Ländern auf das Reich über. Der Reichswirtschaftsminister kann nach diesem Gesetz auch die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisationen der Staatsbanken erforderlichen Maßnahmen treffen. Die Durchführung dieses Gesetzes wird, soweit sie die Staatsfinanzen berührt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister erfolgen.

Ferner wurde ein Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes beschlossen, durch das der Staat der Familie einen besonderen Schutz angedeihen läßt, in dem zur Verhinderung der Schließung gesundheitlich unerwünschter Ehen in besonders begründeten Fällen eine Reihe von Eheverboten vorgesehen wird.

Das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Zwecke der Entschuldung der Beamten überträgt dem Reichsbund der Deutschen Beamten und dem Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen die Aufgabe der Ueberführung von unverschuldet in eine Notlage geratenen Beamten in geordnete gesellschaftliche Verhältnisse.

Angenommen wurden weiterhin ein Gesetz über das Ingenieur-Corps der Luftwaffe, sowie schließlich ein Gesetz über die Beschränkung der Nachbarrechte gegenüber Betrieben, die für die Volksgesundheit von besonderer Bedeutung sind.

*

Der Wortlaut der Gesetze

Das Gesetz über die Staatsbanken

Berlin, 18. Okt. Das von der Reichsregierung beschlossene Gesetz über die Staatsbanken hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation der Staatsbanken erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann ferner bestehende Staatsbankgesetze, Satzungen und Stellenpläne ändern und neu einführen. Ohne seine Einwilligung können die geltenden Staatsbankgesetze, Satzungen und Stellenpläne nicht geändert werden. Der Reichswirtschaftsminister kann bei diesen Maßnahmen von dem bestehenden Landesrecht abweichen. Die Entscheidung darüber, ob ein Kreditinstitut eine Staatsbank ist, trifft endgültig der Reichswirtschaftsminister.

Aus Anlaß der Umgestaltung der Organisation der Staatsbanken erheben Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände keine Steuern und Gebühren. Dies gilt nicht für die Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer (einschließlich Zuschläge) und für Wertzuwachssteuer, soweit im Zusammenhang mit der Umgestaltung jene Steuern auf Dritte übertragen werden.

§ 2. Der Reichswirtschaftsminister kann die Aufsicht über Staatsbanken übernehmen. Macht er von dieser Ermächtigung Gebrauch, so gehen die Rechte, die nach den bisherigen landesrechtlichen Bestimmungen der obersten Aufsichtsbehörde und den sonst zur Mitwirkung berufenen Landesbehörden hinsichtlich der Staatsbank und ihrer Beamten zustehen, auf ihn über.

Die Ausübung dieser Rechte und die Wahrnehmung der hiermit verbundenen Pflichten kann der Reichswirtschaftsminister auf die bisher zuständigen Behörden oder andere Stellen übertragen. Ueber eine nach Gesetz oder Satzung gegen die Verfügung der Aufsichtsbehörde zulässige Beschwerde entscheidet in diesem Falle der Reichswirtschaftsminister.

§ 3. Das Gesetz findet auf Institute, die nach ihrem Aufgabenkreis einer Staatsbank ähnlich sind, sowie auf Einrichtungen oder Anstalten, die mit einer Staatsbank verwaltungsmäßig verbunden sind, entsprechende Anwendung. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet endgültig der Reichswirtschaftsminister.

§ 4. Die Vorschriften des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934 bleiben unberührt.

§ 5. Der Reichswirtschaftsminister erläßt die zur Ergänzung und Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

*

Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes

Berlin, 18. Okt. Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, kurz Ehegesundheitsgesetz genannt, bringt in acht Paragraphen eine Reihe von Bestimmungen, die die Möglichkeit geben, in gewissen Fällen Eheverbote auszusprechen.

In § 1 wird festgelegt, daß eine Ehe nicht geschlossen werden darf,

a) wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten läßt,

b) wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,

c) wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt,

d) wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet. Eine Ausnahme wird im Falle d) lediglich dann gemacht, wenn der andere Verlobte unfruchtbar ist, also Kinder aus der Ehe nicht erwartet werden können.

Nach § 2 haben die Verlobten vor der Eheschließung durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes, das sogenannte Ehetauglichkeitszeugnis, nachzuweisen, daß ein Ehehindernis nach § 1 nicht vorliegt.

§ 3 bestimmt, daß eine Ehe nichtig ist, wenn sie entgegen den Verboten des § 1 geschlossen wird, und wenn die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses oder die Mitwirkung des Standesbeamten bei der Eheschließung von den Verlobten durch wissentlich falsche Angaben herbeigeführt worden ist. Sie ist ferner nichtig, wenn sie zum Zwecke der Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen wurde. Die Nichtigkeitsklage kann nur vom Staatsanwalt erhoben werden. Die Ehe ist von Anfang an gültig, wenn das Ehehindernis später wegfällt.

§ 4 enthält die Strafbestimmungen und bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird, wer eine verbotene Eheschließung erschleicht, wobei auch der Versuch strafbar ist. Die Verfolgung wegen vollendeten Vergehens tritt nur dann ein, wenn die Ehe für nichtig erklärt wird.

In § 5 ist festgelegt, daß die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung finden, wenn beide Verlobten oder der männliche Verlobte eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Die Strafverfolgung eines Ausländers nach § 4 tritt nur auf besondere Anordnung ein, die der Reichsminister der Justiz im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern trifft.

Nach § 6 kann der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle Befreiungen von den Vorschriften dieses Gesetzes bewilligen.

§ 7 behandelt den Erlaß der zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, der durch den Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz erfolgt.

Nach § 8 tritt das Gesetz am Tage der Verkündung in Kraft. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 2 bestimmt der Reichsminister des Innern. Bis zu diesem Zeitpunkt ist also ein Ehetauglichkeitszeugnis nur in Zweifelsfällen vorzulegen.

*

Die Beschränkung der Nachbarrechte gegenüber für die Volksgesundheit von bedeutungsvollen Betrieben

Das vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz über die Beschränkung der Nachbarrechte gegenüber Betrieben, die für die Volksgesundheit von besonderer Bedeutung sind, bestimmt, daß das gleichartige Gesetz vom 13. Dezember 1933 über Betriebe, die für die Volksertüchtigung von besonderer Bedeutung sind, sinngemäß Anwendung findet. Diese Anwendung hat zu erfolgen auf Anstalten und Einrichtungen, die für die Volksgesundheit besondere Bedeutung haben, wie Krankenhäuser, Heilanstalten, Genesungsheime, Bade- und Kuranstalten und die vom Reich, von den Ländern, den Gemeinden oder sonstigen unter Aufsicht des öffentlichen Rechts stehenden Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts betrieben werden. Das Gesetz ist mit der Verkündung in Kraft getreten. Findet ein anhängiger Rechtsstreit durch dieses Gesetz seine Erledigung, so trägt jede Partei ihre außergerichtlichen Kosten und die Hälfte der gerichtlichen Auslagen.

*

Die Abtretung von Beamtenbezügen zum Zwecke der Entschuldung von Beamten

Das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Zwecke der Entschuldung von Beamten bestimmt in seinem § 1, daß Beamte und Ruhestandsbeamte zum Zwecke ihrer Entschuldung im Rahmen der vom Reichsbund der Deutschen Beamten und vom Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen in Angriff genommenen allgemeinen Entschuldung der Beamten ihr Diensteinkommen, Wartegeld, Ruhegehalt und ihre sonstigen laufenden Dienstbezüge bis zu zwei Drittel des 1200 RM. jährlich übersteigenden Betrages abtreten können. Hat der Beamte oder Ruhestandsbeamte kraft Gesetz Unterhalt zu gewähren, so ist bei Unterhaltspflicht gegenüber einer Person nur die Hälfte, bei Unterhaltspflicht gegenüber mehreren Personen nur ein Drittel des übersteigenden Betrages abtretbar. Eine Dienstaufwandsentschädigung ist nicht abtretbar.

In § 2 wird festgelegt, daß der Reichsminister des Innern den Tag des Außerkrafttretens des Gesetzes bestimmt und im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt.

*

Das Ingenieurkorps der Luftwaffe

Das „Gesetz über das Ingenieurkorps der Luftwaffe" legt fest, daß derjenige Angehöriger des Ingenieurkorps der Luftwaffe werden kann, der die Bedingungen zur Aufnahme in das Beamtenverhältnis der Luftwaffe erfüllt und den vom Reichsminister der Luftfahrt festzusetzenden technischen und militärischen Anforderungen entspricht. Das Gesetz bestimmt, daß die Angehörigen des Ingenieurkorps der Luftwaffe Angehörige der Wehrmacht sind und den Bestimmungen über die Dienst- und Rechtsverhältnisse der Beamten der Luftwaffe unterliegen.

Aufruf der Reichsregierung für das Winterhilfswerk 1935-36

Berlin, 18. Okt. Der gemeinsame Kampf gegen die Not in den vergangenen Jahren hat der Welt bewiesen, daß das nationalsozialistische Deutschland für seine notleidenden Volksgenossen mit der gleichen Tatkraft eintritt, mit der es den Neubau des Reiches in Angriff genommen hat. Der einige Wille gab dem deutschen Volke Ehre und Freiheit zurück.

Die geschlossene Kraft der Nation brachte 5 Millionen Volksgenossen in Arbeit und Brot.

Die Kameradschaft der deutschen Volksgenossen überwindet die aus dunkler Vergangenheit verbliebene Not und lindert die bittersten Sorgen.

Auch für das jetzt beginnende Winterhilfswerk 1935/36 ruft die Reichsregierung das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied zum gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Kälte auf.

Der nationalsozialistische Staat, die nationalsozialistische Bewegung, ihre Regierung und das einige deutsche Volk betrachten das Winterhilfswek als ihre höchste Ehrenpflicht.

Tue jeder seine Schuldigkeit an dem Platze, auf den er gestellt ist.

Die Reichsregierung.

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett verabschiedete am Freitag eine Reihe von Gesetzen und erließ einen Aufruf für das Winterhilfswerk.

*

Auf der Wartburg wurde die Deutsche Burschenschaft aufgelöst und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund eingegliedert.

*

Dr. Göbbels sprach im Berliner Sportpalast vor 15 000 SA.-Männern über die Aufgaben der SA.

*

Die wirtschaftlichen Sanktionen wurden durch die Sanktionskonferenz um 14 Tage verschoben.

*

Aus Paris wird eine englisch-französische Entspannung gemeldet. Es scheint, daß Laval sich zur Sanktionshilfe im Mittelmeer bereit erklärt, nachdem England eine klare Entscheidung fordert.

*

Aus der türkischen Hauptstadt wird die Aufdeckung eines Anschlagsplanes auf den Staatspräsidenten gemeldet.

Dr. Göbbels vor der SA.

Berlin, 18. Okt. Vor 15 000 SA.-Männern der Gruppe Berlin-Brandenburg, die im Berliner Sportpalast zu einem zweiten großen politischen Ausbildungsabend versammelt waren, führte der Gauleiter Reichsminister Dr. Göbbels, dem minutenlanger Jubel entgegenscholl, als er die Rednertribüne betrat, in einer großangelegten und zu Herzen gehenden Rede u. a. folgendes aus:

„Wenn heute übelwollende Kritikaster der nationalsozialistischen Bewegung die großen Erfolge auf innen- und außenpolitischem Gebiet absprechen wollen, so brauchen wir nur auf die Stellung zu verweisen, die Deutschland in dieser so außerordentlich bewegten Zeit in der Welt einnimmt. Deutschland ist heute wieder eine Großmacht, die im internationalen Kräftespiel ein Wort mitzureden hat. Die Tatsache dieser gefestigten Stellung ist nicht etwa auf irgend welche Glücksumstände zurückzuführen, sondern auf die unentwegte Beharrlichkeit, mit der der Führer und seine Bewegung die gesteckten Ziele verfolgt haben."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gewiß habe die Regierung auch große Sorgen. „Wir sind in Sorgen als Partei groß geworden, wir haben in Sorgen den Staat übernommen, und wir werden wohl auch noch Sorgen haben, wenn wir unsere Aufgaben einmal in die Hände einer neuen Generation legen. Darauf kommt es nicht an, ob eine Regierung Sorgen hat, sondern darauf" — jubelnde Zustimmung unterstrich diese Feststellung —, „was sie mit diesen Sorgen anfängt!" Mit ganzer Kraft sei die Bewegung an die Erfüllung ihrer Aufgaben gegangen, und derart, wie sie die Verantwortung getragen habe, brauche sie sich wahrlich vor niemandem zu schämen.

„Wir haben im Innern die Wirtschaft angekurbelt, wir haben nach außen dem Reich wieder seine Sicherheit gegeben. Es ist einfach, diese Tatsachen festzustellen, nicht aber ist es einfach, sie zu schaffen, besonders dann nicht, wenn eine kleine Gruppe allein, schweigend und einsam die Verantwortung dafür zu übernehmen hat. Wir haben getan, was wir überhaupt tun konnten, mit dem Volk und für das Volk." Dabei hat die Bewegung dem Führer immer aufs neue ihre treue Gefolgschaft bewiesen. „Alles, was es heute in Deutschland an neuen Kräften und Werten gibt, ist", so rief Dr. Göbbels unter brausendem Beifall aus, „das Ergebnis unserer politischen Arbeit!"

Der Berliner Gauleiter gab dann seiner tiefen und großen Freude Ausdruck, wieder einmal vor den alten Kampfgenossen sprechen zu können, die sich als unbekannte Kämpfer um den Aufstieg der Bewegung gemüht haben in einer Zeit, als noch alles gegen die Partei stand und keiner für sie eintrat. „Ich weiß", so sagte er, „daß es für diesen oder jenen von euch bitter sein mag, daß er persönlich nicht zu der öffentlichen Anerkennung kommt, die er eigentlich mit seiner Arbeit verdient hat. Aber so, wie die Grenadiere Napoleons zwar nicht im Einzelnen dem Namen nach bekannt, aber insgesamt als die napoleonische Garde in die Geschichte übergegangen sind, so werden auch diese alten Kämpfer in ihrer Gesamtheit als die unsterbliche, niemals wankende und niemals verzweifelnde Garde des Führers in die Geschichte eingehen und nie vergessen werden."

Bei einem Rückblick auf die Kampfjahre, in denen die Partei zugleich die Heimat ihrer Kämpfer war, sei es verständlich, wenn mancher meine, es sei damals schöner gewesen als heute. Damit werde man aber der heutigen Zeit nicht gerecht. So sprächen Romantiker, die, wenn man ihnen das Reich überließe, nicht viel zuwege bringen könnten. Sie schauten zurück in die Vergangenheit, vergäßen darüber die Gegenwart und eroberten darum niemals die Zukunft. Heute dürfe man nicht nur in romantischen Erinnerungen schwelgen, sondern müsse darüber hinaus die schwere und sorgenvolle Gegenwartsarbeit ausführen.

Dabei allerdings seien auch die Erinnerungen wertvoll. Wenn heute ein Problem unlösbar erscheinen wolle, dann brauche man sich nur an die schweren Probleme zu erinnern, die damals fast unlösbar erschienen und die doch gemeistert wurden. Einst sei die Aufgabe entmutigend groß gewesen, eine Stadt wie Berlin für die Bewegung zu erobern. Nur mit dem Idealismus als Bundesgenossen habe man damals die unendlich schwere Aufgabe erfüllen können. Mit diesem Idealismus sei die Partei an die Macht gekommen. Wenn heute die alten Parteigenossen feststellten, daß nahezu fünf Millionen Menschen mehr wieder an ihren Arbeitsplätzen stehen, wenn sie diese Arbeitsplätze durch die eigene Kraft der Nation gesichert und Deutschland wieder als machtvollen Faktor der Weltpolitik sähen, dann könnten diese alten Parteigenossen aus der Kampfzeit mit Stolz sagen: „Das ist uns zu verdanken! Wären wir nicht gewesen, dann wäre Deutschland zugrunde gegangen; weil wir da waren, darum ist Deutschland wieder auferstanden!" (Stürmischer Beifall ging nach diesen Worten durch den Sportpalast.)

Deshalb könne die Partei auch niemals aufgelöst werden. Der Wunsch gewisser Elemente nach Auflösung der oder jener Parteiorganisation sei allerdings verständlich. Die Partei sei ihnen lästig, denn sie sei eine dauernde Mahnerin zur Besinnung, zur Arbeit und zum Opfersinn. Von diesen Elementen werde die Partei als überflüssig hingestellt. Sie sagten einfach, die Partei sei doch nicht notwendig, weil heute alle Deutschen Nationalsozialisten seien. „Ich will es hoffen, aber leider kann ich es nicht glauben", bemerkte der Minister dazu unter stürmischer Heiterkeit der SA.-Männer. Selbst wenn dem aber so wäre, dann sei dies doch kein Grund, die Partei aufzulösen. Wenn z. B. alle Deutschen soldatisch dächten, dann würde man deshalb doch nicht die Armee auflösen; denn die Armee bringe dem Volke nicht nur das soldatische Denken, sondern auch das soldatische Handeln bei. Dasselbe gelte von der SA. „Die SA. ist", so erklärte Dr. Göbbels unter dem stürmischen Beifall der Braunhemden, „eine historische Begebenheit, die einfach nicht hinwegzudenken ist. Sie hat ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Es gibt Organisationen, die wirken schon dadurch, daß sie überhaupt da sind. Eine Armee braucht ihre Existenzberechtigung nicht dauernd dadurch nachzuweisen, daß sie Krieg führt, sondern weil sie da ist, verhindert sie meistens den Krieg. Ueberschlaue könnten sagen, es gebe ja keine innerpolitischen Gegner unserer Bewegung mehr, darum brauchte man auch keine SA. mehr. Diese Leute verwechseln aber Ursache und Wirkung. Die innerpolitischen Gegner sind nicht aus unbekannten, geheimnisvollen Gründen verschwunden, sondern weil die Bewegung in ihren Organisationen Kraftarme besitzt. Und der stärkste Kraftarm der Bewegung ist die SA." (Stürmischer Beifall.) Darum werde die nationalsozialistische Regierung sich im Innern niemals auf die Bajonette der Armee, die zum Schutze der Grenzen da sei, stützen, sondern auf die Kraft der im Volke verankerten Bewegung. Um aber die Bewegung einsetzen zu können, sei Vorbedingung, daß in erster Linie die Parteigenossen und SA.-Männer politisch geschult seien. Diesem Zwecke diene auch dieser Abend.

Selbstverständlich handle die Regierung nach einem vorbedachten Plane. Wie der Schachspieler habe sie dabei nicht alle Figuren auf einmal ziehen können. „Wir mußten Zug um Zug vorgehen und dabei manchmal bewußt kleinere Niederlagen auf uns nehmen, um damit größere Siege vorzubereiten." Die Partei habe bei der Machtergreifung eine kranke Wirtschaft übernommen, die allmählich gesund gemacht werden mußte. Wenn wir an die große Aufgabe gingen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und dazu die nötigen Rohstoffe zu beschaffen, dann mußte man natürlich, da wir ja nicht im Gelde schwimmen, hier und da auf unwichtige Dinge verzichten. Der Spießer kann es nicht verstehen, daß infolge der Beschaffung lebensnotwendiger Rohstoffe für dieses große Ziel einmal Butter und Schweinefleisch vorübergehend etwas knapp werden können. Der Spießer hat unsere Bewegung aber auch niemals verstanden. Wir legen auf sein Urteil wenig Wert, sondern erklären, es geht hier nicht um etwas mehr oder weniger Butter, sondern hier wird Geschichte gemacht, und wenn du das nicht verstehst, das anständige deutsche Volk versteht es desto besser. Ich stehe nicht an zu erklären, daß wir auch in Zukunft manche Opfer bringen müssen, nicht überflüssige, aber Opfer, die in der Natur der Sache liegen. Wenn ich andere Länder betrachte, so kann ich unsere Lage im Verhältnis dazu durchaus nicht als schlecht bezeichnen. (Diese Sätze werden immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen.)

Wenn der Spießer nörgle, Hitler sei ja gut, aber mit dem „kleinen Hitler" wäre nichts anzufangen, dann kenne er den Führer schlecht, wenn er ihn als Kronzeugen für seine Meckerei benutzen wolle. Diese sogenannten „kleinen Hitler" seien die Wegbereiter zur Rettung Deutschlands gewesen.

Auf die Nürnberger Judengesetzgebung übergehend, stellte Dr. Göbbels unter dem Beifall der SA. fest: „Die Judenfrage wird nicht vom Einzelnen, sondern nach Gesetzen gelöst, die wir erlassen, weil wir eine antijüdische Regierung sind. (Minutenlanger Beifall.) Das zu tun ist uns ein politisches Bedürfnis, an das wir von niemandem erinnert zu werden brauchen. Es bedarf dazu aber der Disziplin der Parteigenossen. Es kann nicht jeder so vorgehen, wie es ihm paßt, so wenig, wie der Soldat im Kriege selbst bestimmen kann, wann und wo eine Offensive gemacht wird."

In einem Ueberblick über die außenpolitische Lage gab Dr. Göbbels zu bedenken, wie Deutschlands Stellung in der Welt heute aussehen würde, säße es mit einem 100 000-Mann-Heer im Völkerbund. Brausenden Jubel löste seine Feststellung aus: **„Auf den Knien muß unser Volk dem Führer danken, daß er die Verantwortung für eine andere Lenkung der deutschen Außenpolitik übernommen** und ihm damit in den heutigen Wirren den Frieden gesichert hat."

Den Schlußteil der Ausführungen des Gauleiters bildeten besonders herzliche Worte an die SA. „Diese SA.", so betonte er, „hat von jeher im Kampfe ungebrochen in bewundernswerter Treue zur Bewegung gehalten. Der Außenstehende macht sich gar keinen Begriff davon, was in der SA. geleistet wird, welch eine Erziehungsarbeit an der SA. z. B. vom vorjährigen bis zum diesjährigen Parteitag durchgeführt worden ist. Gerade auch die Berliner SA. wird, dessen bin ich gewiß, ihre Aufgabe mit vollem Herzen und aus reinstem Idealismus weiter erfüllen.

Wir haben das Glück, die verschworene Brüderschaft einer neuen, großen, revolutionären Idee gewesen zu sein. Dieses Glück des Kampfes werden die nachfolgenden Generationen nicht mehr haben. Spätere Geschlechter sollen dann von uns sagen: sie haben das deutsche Erbübel der Zwietracht beseitigt und der Welt gezeigt, daß es noch Treue und Kameradschaft in Deutschland gibt. So wollen wir es nicht nur in romantischer Erinnerung, sondern auch in mutigem Kampf um die Zukunft mit jenem alten Wahlspruch halten: Der Furcht so fern, dem Tod so nah — Heil Dir, SA!"

Minutenlanger, jubelnder Beifall war der Dank der SA. für diese Worte, die Dr. Göbbels für sie gefunden hatte.

„Sanktionen"

Die „DAZ." erinnert daran, daß auch gegen Deutschland das Kampfmittel der „Sanktionen" schon angewendet worden ist, und zwar vor allem beim Ruhreinbruch der Franzosen im Jahre 1923. Diese Gewaltanwendung, die Poincaré mit dem Fehlen einiger Telegraphenstangen motivierte und unter Bruch des Friedens von Versailles durchführte, trug ganz offiziell die Bezeichnung Sanktion; seitdem ist dieses Wort für uns einigermaßen kompromittiert. Denn der Einmarsch der französischen Truppen in diese deutsche Provinz wurde zu dem Funken, an dem sich in breiteren Schichten das neue deutsche Nationalgefühl entzündete; diese Invasion war die schärfste Demütigung eines Staates, der sich damals mit militärischen Mitteln nicht wehren konnte. Bei der Invasion der Franzosen ins Ruhrgebiet hat man allerdings, obwohl die englischen Kronjuristen festgestellt haben, daß Poincaré den Vertrag von Versailles und damit den Frieden gebrochen hatte, nichts von Sanktionen gegen den Friedensbrecher gehört.

Schon einige Jahre vorher wurde eine Gewalthandlung mit dem Begriff Sanktionen bemäntelt. Als im Frühjahr 1921 sich Deutschland aus Gründen der Ehre und Ehrlichkeit weigerte, die in London geforderte Tributsumme von mehreren hundert Millionen Mark zu unterzeichnen, marschierte die bewaffnete Macht der Entente in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ein. Für diese Städte ist dann die Bezeichnung „Sanktions-Städte" in die Protokolle des Reichstags und in die Geschichtswerke eingegangen. Erst nach vielen Jahren gelang es, sie unter beispiellosen finanziellen Opfern des gesamten deutschen Volkes zu befreien. Ebenso schlimm war eine dritte Sanktion, die in die erste Nachkriegszeit fällt. Als im Anschluß an den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet eine Rote Armee gebildet wurde und Leben und Eigentum bedrohte, antwortete Frankreich darauf mit der Besetzung Frankfurts, — unter dem Vorwand, daß die Truppe, die zur Niederwerfung der Kommunisten im Ruhrgebiet aufgeboten wurde, eine Verletzung der entmilitarisierten Zone darstelle.

Weil so das Wort Sanktionen gerade für uns Deutsche einen aus der Erfahrung geschöpften bestimmten Inhalt hat, kann dieses Fremdwort nicht durch ein deutsches Wort ersetzt werden. Die Uebersetzung Sühnemaßnahme, der man jetzt öfters begegnet, ist erstens ungenau, zweitens aber enthält sie den Anspruch auf eine richterliche Gerechtigkeit, die wir dem Völkerbund nicht bescheinigen können.

Wie kommt es überhaupt, daß eine Begriffsbildung, in welcher das Wort „santus = heilig" enthalten ist, für einen brutalen Raubüberfall auf ein friedliches Land (wir sprechen vom Jahre 1923) angewendet werden konnte? Mit dem christlichen Begriff „Heiliger" hat die Sanktion nichts zu tun. Der Sanktionsbegriff stammt vielmehr im letzten Grunde aus — dem alten Rom. Die schwerste Strafe, die es bei den Römern für den Beleidiger der Gottheit gab, war die, daß man ihn für „sacer" erklärte, d. h. ihn zum heiligen Gegenstand, zum Opfer für die Götter bestimmte. Aus diesem Tatbestand entwickelte sich die Gewohnheit, Gesetze durch Bedrohungen mit dem Opfertod zu „sanktionieren". Aus dem bürgerlichen und kirchlichen Recht und der Rechtsphilosophie ging dann in Abwandlungen der Begriff in das innerstaatliche Recht über und drang auch in das Völkerrecht ein.

„Frankreich muß sich entscheiden"

London, 18. Okt. Zur englisch-französischen Krise meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" aus Genf: Die Frage der Beziehungen zwischen England und Frankreich ist durch die Abneigung der Regierung Laval, volle Unterstützung für den Völkerbund zu versprechen, akut geworden. Die Forderung Großbritanniens nach einer klaren Antwort auf die Frage, ob es sich im Falle eines Zusammenstoßes mit Italien im Mittelmeer auf die Unterstützung der französischen Flotte verlassen kann, deutet darauf hin, daß der Augenblick gekommen ist, da Frankreich wählen muß. Die britische Regierung verlangt zu wissen, ob Mussolini über einen Frieden verhandeln will, und wenn ja, auf welcher Grundlage. Sie will ferner wissen, welche Haltung Frankreich einnimmt, falls Mussolini nicht dazu bereit ist, und ob Frankreich bereit ist, den Völkerbund restlos bei jeder Maßnahme zu unterstützen, die als notwendig zur Wiederherstellung des Friedens betrachtet werden sollte. Die ersten Rückäußerungen Lavals haben die Anhänger des Völkerbundes nicht sehr ermutigt. Auf die britische Anfrage, „was wird Frankreich tun, wenn die britische Flotte im Mittelmeer angegriffen?", antwortete Laval tatsächlich: „Nichts!" Der französische Ministerpräsident behauptet, daß die Anwesenheit der britischen Flotte, die vorsichtshalber verstärkt worden ist, die gegenwärtige Spannung steigere. Die britischen Verstärkungen seien ohne vorherige Beratung mit anderen Völkerbundsmitgliedern nach dem Mittelmeer gesandt worden. Unter diesen Umständen, so erklärt Laval, fühle sich Frankreich im Falle eines Angriffes Italiens in keiner Weise zur Unterstützung Großbritanniens durch militärisches Vorgehen verpflichtet.

Es wird berichtet, daß Laval ferner Großbritannien ersucht habe, zu erklären, daß die britische Flotte unter keinen Umständen zu einer Blockade Italiens, der Häfen des Roten Meeres oder des Suezkanals benutzt werden solle. Personen, die Laval nahestehen, erzählen, daß nach seinen Andeutungen die britische Regierung Frankreich bereits Zusicherungen über diesen Punkt gegeben habe, daß es aber jetzt abgelehnt worden sei, diesen Zusicherungen eine positivere Form zu geben. Infolgedessen stellt Laval die Dinge so dar, daß die von Großbritannien getroffenen Maßnahmen eine herausfordernde Wirkung auf Italien gehabt hätten.

In einer Pariser Reutermeldung heißt es: **Laval muß sich für oder gegen die Zusammenarbeit mit Großbritannien entscheiden** in dem Bewußtsein, daß Sir Samuel Hoare am nächsten Dienstag oder Mittwoch im Unterhaus eine sehr wichtige Erklärung über die französische Haltung abgeben wird. Laval ist ein zu verschlagener Staatsmann, um nicht vorauszusehen, welche Nachteile sich für Frankreich ergeben würden, wenn der britische Außenminister verkünden würde, daß die französische Regierung noch immer Ausflüchte macht. Ferner berichtet Reuter, es sei anzunehmen, daß Laval sich für die britische Politik entscheiden werde.

Preß Association gibt folgende zweifellos aus britischer amtlicher Quelle stammende Darstellung:

Der französische Ministerpräsident Laval wird in ein oder zwei Tagen **eine wohl erwogene und endgültige Antwort auf die britische Frage geben**, ob französische Hilfe im Falle irgend eines italienischen Angriffes auf die britische Flotte zu erwarten sei. Angesichts der Beibehaltung des antibritischen Tones der von Italien kontrollierten Presse und der Zusammenziehung italienischer Truppen in Lybien bleiben die britischen Flottenverstärkungen im Mittelmeer bestehen.

•

Englisch-französische Entspannung?

Paris, 18. Okt. Die Unterredung, die der französische Ministerpräsident am Donnerstag abend mit dem englischen Botschafter in Paris gehabt hat, scheint zu einer wesentlichen Entspannung zwischen den beiden Mächten geführt zu haben, obwohl die praktischen Auswirkungen der gegenseitigen Vereinbarungen im wesentlichen von Rom abhängen dürften.

Der englische Botschafter, so erklärt man in gut unterrichteten Kreisen, habe ein letztes Mal mit Nachdruck darauf bestanden, daß Frankreich der gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Angriffes auf die englische Flotte im Mittelmeer zustimme. Nach Ansicht des „Oeuvre" habe Sir George Clerk sogar durchblicken lassen, daß sich seine Regierung im anderen Falle als nicht mehr an den Locarnopakt gebunden fühle. Nach Meldungen aus London behaupte man sogar, daß verschiedene englische Minister mit dem Rücktritt Englands aus dem Völkerbund gedroht hätten, falls Frankreich nicht innerhalb von 48 Stunden eine befriedigende Antwort gebe.

Der französische Ministerpräsident, so schreibt das „Oeuvre" weiter, habe am Donnerstag morgen einige juristische Berater zugezogen, um sich mit ihnen über die beste Lösung zu unterhalten. Ausschlaggebend für seine weniger unnachgiebige Haltung seien die Ratschläge gewesen, die ihm der ehemalige Generalissimus der französischen Armee, General Weygand, gegeben habe. Dieser habe darauf hingedeutet, daß das deutsche Heer in weniger als zwei Jahren ganz Europa überfluten würde (!!), wenn Frankreich sich nicht mit England einige. Außerdem werde man sich in französischen militärischen Kreisen immer mehr klar darüber, daß die militärische Stärke Italiens durch den abessinischen Feldzug so stark geschwächt werde, daß man vielleicht in Zukunft nicht mehr mit dem militärischen Machtfaktor Italiens in Europa rechnen könne. (!)

Pertinax glaubt im „Echo de Paris" die genauen Einzelheiten über die am Donnerstag zustande gekommene Einigung wiedergeben zu können. Hiernach verpflichtet sich England, drei oder vier seiner großen Einheiten aus dem Mittelmeer zurückzuziehen, wenn ein Teil der italienischen Truppen von der lybischen Grenze zurückgezogen werden.

Frankreich verpflichtet sich hingegen, der englischen Flotte im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes Beistand zu leisten, falls England sich jeder Alleinmaßnahme enthalte und vor allem die Blockade im Roten Meer oder an irgend einer anderen Stelle nur nach vorheriger Beauftragung durch den Völkerbund durchführe.

Der römische Sonderberichterstatter des „Matin" weist darauf hin, daß man sich in Rom weigere, derartige Maßnahmen durchzuführen. Man erkläre, daß die Truppenzusammenziehungen in Lybien in keiner Weise gegen England gerichtet seien.

Verschiebung der Wirtschafts-Sanktionen

um vierzehn Tage

Genf, 18. Okt. Im Wirtschaftsausschuß der Sanktionskonferenz hat man sich über die Grundlage eines Entschließungsentwurfs geeinigt, der auf eine **Verschiebung des praktischen Beginns der Wirtschafts-Sanktionen um mindestens 14 Tage hinausläuft.** Der Ausschuß schlägt vor, die Maßnahmen gegen die italienische Einfuhr mit denjenigen gegen die Versorgung Italiens mit kriegswichtigen Rohstoffen zu verbinden. Die beiden Maßnahmen sollen von den Regierungen möglichst gleichzeitig in Kraft gesetzt werden. Zu diesem Zweck wird die Sanktionskonferenz die Regierungen auffordern, ihr bis zum 28. Oktober den Zeitpunkt mitzuteilen, an dem sie diese Maßnahmen durchzuführen bereit

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wären. Die belgische und die jugoslawische Regierung haben ihre Zustimmung zu dem Waffenausfuhrverbot mitgeteilt. Außerdem hat die Kleine Entente und die Balkan-Entente erklären lassen, daß die darin zusammengeschlossenen Staaten die Kreditsperre zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt gleichzeitig in Kraft setzen würden.

Kein italienischer Schritt wegen der Brennergrenze

Rom, 18. Okt. Von amtlicher italienischer Seite wird die Meldung des „Daily Telegraph" über einen Schritt Italiens bei der französischen Regierung wegen besonderer Zusicherungen für den Fall eines Angriffes auf die Brennergrenze dementiert. „Agenzia Stefani" veröffentlicht dazu eine Erklärung, in der „von zuständiger Seite mitgeteilt wird, daß kein derartiger Schritt von der italienischen Regierung unternommen worden ist. Damit sind auch alle Mutmaßungen hinfällig, die sich auf ihn beziehen können".

Britische Truppenverstärkungen für Aegypten

London, 18. Okt. Eine „Times"-Meldung aus Kairo besagt: Infolge der Errichtung eines zeitweiligen Stützpunktes für die Mittelmeerflotte in Alexandrien und infolge der beträchtlichen Vermehrung der italienischen Streitkräfte in Lybien ist in Uebereinstimmung mit der ägyptischen Regierung beschlossen worden, die britische Garnison in Aegypten vorläufig durch eine Infanterie-Brigade zu verstärken, die in nächster Zeit in Aegypten eintreffen wird. Die britischen Luftstreitkräfte in Aegypten sind gleichfalls entsprechend vermehrt worden. Die neue Brigade wird vorläufig in Alexandrien bleiben. Inzwischen wurden ein britisches Bataillon aus Kairo und ein ägyptisches Bataillon nach Mersa Matrut an der westlichen Küste entsandt, um das ägyptische Bataillon zu verstärken, das normalerweise in Sollum an der Grenze stationiert ist.

Stellungskrieg an der Nordfront?

Addis Abeba, 18. Okt. Von der Nordfront wird lebhafte Tätigkeit der italienischen Truppen beim Ausbau der Stellungen gemeldet. Es würden Schützengräben mit Sappen gebaut und Drahtverhaue angelegt. Der Stellungsausbau wird in Addis Abeba als Vorsichtsmaßnahme gegen einen Großangriff der Truppen des Ras Seyoum angesehen. Von amtlicher Seite werden Meldungen über Aufstände in der Provinz Godjam dementiert. Die Regierung erklärt, daß die Mobilisierungsbefehle glänzend durchgeführt würden. Die Truppen seien bereits in Marsch gesetzt und würden bald an der Front eintreffen.

Italienische Dementis

Rom, 18. Okt. Von zuständiger italienischer Seite werden alle Nachrichten über Verwendung von Gasbomben auf dem abessinischen Kriegsschauplatz auf das entschiedenste als falsch bezeichnet. Ebenso wenig sei die Zivilbevölkerung bombardiert worden. Uebergriffe italienischer Flieger an der Grenze von Englisch-Somaliland seien vollkommen ausgeschlossen, da sie sich grundsätzlich bei ihren Flügen mindestens 100 Kilometer von der englischen Grenze fernhielten. Ebenso falsch seien schließlich die Meldungen über den Abfall eingeborener Häuptlinge in Italienisch-Somaliland.

*

Addis Abeba und Diredaua sollen nicht bombardiert werden

Rom, 18. Okt. Verschiedene Staaten mit Sitz und Interesse in Addis Abeba und Diredaua hatten sich an die italienische Regierung mit dem Wunsche gewandt, diese beiden Städte nicht bombardieren zu lassen. Nach einer amtlichen Mitteilung vom Donnerstag abend hat die italienische Regierung bereits Weisung in dem gewünschten Sinne erteilt, allerdings unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Städte nicht Truppenstützpunkte und Lager für Kriegsmaterial werden.

Massaua italienischer Flottenstützpunkt

London, 18. Okt. Reuter meldet aus Suez, daß der italienische Hafen Massaua mit großer Schnelligkeit zu einem gewaltigen Flottenstützpunkt ausgebaut werde. In den nördlich von Massaua gelegenen Dünen sollen Batterien von 15-Zoll-Geschützen, die eine Reichweite von annähernd 32 Kilometer besitzen, in versteckte Stellungen gebracht worden sein. Die Bucht von Massaua werde von 4-Zoll-Geschützen bewacht, die es mit Zerstörern und leichten Kreuzern aufnehmen können. Infolge dieser Befestigungsmaßnahmen, die „bei Nacht und Nebel" durchgeführt worden seien, sei der italienischen Streitmacht im Roten Meer bedeutende Kampfkraft verliehen worden. Ferner seien zur Zeit etwa 500 italienische Kriegsflugzeuge und mindestens fünf italienische U-Boote in Ostafrika und im Roten Meer versammelt.

Friedenspolitik der Vereinigten Staaten

Ein Aufruf Roosevelts

Washington, 18. Okt. Präsident Roosevelt hat von Bord des Kreuzers „Houston" einen Aufruf erlassen, der unmittelbar an einen Frauenkongreß gerichtet war, aber durch Rundfunk an das ganze amerikanische Volk weitergeleitet wurde. Roosevelt erinnerte an die Streitigkeiten, die teilweise im Ausland herrschten und betonte das lebhafte Interesse, das gerade die Frauen an der Erhaltung eines sicheren Friedens haben müßten. Für einen Staat wie die Vereinigten Staaten sei beständige Wachsamkeit notwendig, um die Kräfte, die auf Zwietracht hinarbeiteten, rechtzeitig zu entdecken und zu entmutigen. Roosevelt erklärte weiter, er habe sich verpflichtet, sein Teil zu tun, um die Vereinigten Staaten von Verwicklungen fernzuhalten, die zum Kriege führten. Seine Aufgabe und die Aufgabe der anderen Männer, die mit ihm zusammen im öffentlichen Leben des Landes arbeiteten, könne erleichtert werden, wenn die Bürgerschaft der Nation und besonders die Bürgerinnen die Wahrheit und eine kluge Anwendung der Wahrheit anstrebten.

Lenkt Mussolini ein?

Rom, 18. Okt. **Der Chef der italienischen Regierung hat am Freitag die Botschafter Frankreichs, Argentiniens und Englands zu Unterredungen empfangen.**

Wenn auch bisher auf beiden Seiten strengstes Stillschweigen über den Inhalt der Unterredung gewahrt wird, läßt man doch durchblicken, daß die Besprechung einen befriedigenden Verlauf nahm. Allem Anschein nach dürfte hierbei die Erörterung über Zurückziehung der englischen Flotte im Mittelmeer und der damit nach englischer Auffassung verquickten Frage einer Verringerung der italienischen Truppen an der ägyptischen Grenze in der tripolitanischen Provinz Cyrenaika eine gewisse Rolle gespielt haben. Entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten soll, wie man von englischer Seite hört, über die Unterredung Mussolinis mit Botschafter Drummond eine amtliche Verlautbarung herausgegeben werden.

Italienischer Passagierdampfer durch Feuer vernichtet

Alexandria, 18. Okt. **Der 13 000 Tonnen große italienische Passagierdampfer „Ausonia" fiel am Freitag vormittag vor der Einfahrt in den Hafen von Alexandria einer Feuerobrunst zum Opfer.**

Der Brand wurde durch zwei heftige Explosionen an Bord des Schiffes verursacht, die so laut waren, daß man sie in der Stadt anfänglich für Kanonenschüsse hielt. Das Feuer verbreitete sich mit Windeseile über das ganze Schiff, das bald in hellen Flammen stand. Durch das entschlossene Eingreifen der Besatzungen der im Hafen liegenden britischen Kriegsschiffe konnten die von panischem Schrecken befallenen Passagiere gerettet werden, so daß lediglich ein Todesopfer zu beklagen ist. Zwei Mitglieder der Schiffsbesatzung wurden schwer verletzt.

Während des Brandes drängten sich Zehntausende von Neugierigen am Ufer und verfolgten mit gespannter Aufmerksamkeit das unheimliche Schauspiel der Katastrophe. Zur Zeit ist das Schicksal der „Ausonia" noch ungewiß. Das Schiff ist vollständig ausgebrannt und gleicht einem qualmenden Haufen von verrostetem und glühendem Eisengerüste.

Französische Truppen besetzten die Grenze von Französisch-Somali

Paris, 18. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Dschibuti hat sich eine italienische Abteilung, die im abessinischen Wüstengebiet nördlich von Französisch-Somaliland abgeschnitten war, nach schweren Kämpfen wieder nach Erythrea durchschlagen können. Die Abessinier halten den Mussa Ali-Berg, der die Hochebene von Aussa beherrscht. Für den Fall etwaiger Uebertritte nach Französisch-Somaliland wird die Grenze von französischen Truppen scharf bewacht.

Kabinettsumbildung in Oesterreich

Die Bedeutung des Erfolges des Heimatschutzes bei der Regierungsumbildung wird hier darin gesehen, daß die neu in das Kabinett eingetretenen Minister mit Ausnahme des Generalprokurators Dr. Winterstein als Heimwehrmänner gelten können. Der neue Finanzminister Dr. Draxler gilt als unmittelbarer Vertrauensmann des Fürsten Starhemberg. Seine Kanzlei vertritt auch die Interessen des Hauses Habsburg bei den Vermögensverhandlungen mit dem Staat. Als ein Beweis für die starke Ausschaltung des christlich-sozialen Elements wird auch der Umstand angesehen, daß der langjährige Finanzminister und frühere Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Karl Buresch, Minister ohne Portefeuille geworden ist. Der neue Landwirtschaftsminister Ing. Strobl, Präsident der steierischen Landwirtschaftskammer, hat als Freund des verstorbenen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß gegolten. Man sagt ihm nach, daß er, ohne allerdings ausgesprochener Heimatschützler zu sein, stark mit dem Heimatschutz sympathisiere. Das gleiche gilt von dem Bundesminister für soziale Verwaltung, dem Grazer Universitätsprofessor Debretsberger. Der neue Innenminister Eduard Baar-Barenfels, bisher Landeshauptmann von Niederösterreich und Landesleiter der niederösterreichischen Heimwehr, steht im Rufe eines treu ergebenen Anhängers Starhembergs.

Die persönliche Stellung Schuschniggs ist durch die Kabinettsumbildung nicht angetastet, im Gegenteil, bis zu einem gewissen Grade glaubt man sogar an eine Stärkung seiner Stellung, wie überhaupt die Vermutung ausgesprochen wird, daß alle diejenigen Richtungen und Männer, die nicht bedingungslos hinter Schuschnigg und Starhemberg standen, aus dem Kabinett schieden. Der Sozialminister Neustädter-Stürmer, der die Durchführung des Ständestaates geleitet hat, gehört ebenfalls nicht mehr dem neuen Kabinett an. Er soll Meinungsverschiedenheiten mit Starhemberg gehabt haben. Ferner gehören dem Kabinett nicht mehr an der Staatssekretär der Justiz, Karwinsky und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Hammerstein-Equord. Beide waren Beamte.

*

Ein Aufruf des Vizekanzlers Starhemberg

Wien, 18. Okt. Donnerstag abend wurde im Rundfunk ein Aufruf des Vizepräsidenten Starhemberg verbreitet. Darin wird zuerst erklärt, daß dem neuen vereinheitlichten Wehrverband der Heimatschutz, die Ostmärkischen Sturmscharen, die Christl. Deutschen Turner, der Freiheitsbund und die Burgenländischen Landesschützen angehören werden. In den nächsten Tagen würden genaue Anweisungen über die Durchführung der Vereinheitlichung erfolgen. Bis dahin bleibe der augenblickliche Zustand unverändert. Dann heißt es in dem Aufruf wörtlich weiter:

„Ich bin fest entschlossen, die Bedeutung des österreichischen Heimatschutzes im politischen Leben Oesterreichs zu erhalten, wie entschlossen, zu erweisen, daß der österreichische Heimatschutz seiner ihm nunmehr gestellten neuen Aufgabe würdig ist, und werde daher rücksichtslos gegen jeden Einzelnen, wenn es notwendig ist, auch gegen jede Gruppe vorgehen, die durch Entfachung eines unverantwortlichen demagogischen Radikalismus wie durch Disziplinlosigkeit die Schlagfertigkeit des Heimatschutzes bedroht, wobei ich vor Ausschluß aus den Reihen des Oesterreichischen Heimatschutzes und, wenn es sein muß, vor Auflösung einzelner Gruppen nicht zurückschrecken werde. Die von Seiten des Heimatschutzes einzuschlagende politische Richtung bestimme ich. Ebenso liegt es an mir, das Marschtempo zu bestimmen, mit dem wir uns unserem Ziele, der Erreichung des christlichen Ständestaates, nähern. Ich kenne mein Ziel und weiß auch, wie wir zu diesem Ziel gelangen können. Undisziplinierte, Kleingläubige und Querulanten und solche, die nur an eigenen Vorteil denken oder ihrer persönlichen Eitelkeit dienen wollen, mögen rechtzeitig aus den Reihen des Heimatschutzes ausscheiden, um es mir zu ersparen, sie ausschließen zu müssen."

In Wien herrscht völlige Ruhe.

Ueber die Hintergründe der Kabinettsumbildung erfährt man noch, daß sie durch die Kundgebung für Minister Fey am Donnerstag beschleunigt worden ist. Fey erklärte Pressevertretern, daß ihn die Ereignisse überrascht hätten. Eine Aenderung des Kurses werde nicht eintreten. Viel bemerkt wird auch der Umstand, daß der Heimatschutz nunmehr das Sicherheitswesen (bisher unterstand dieses dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg) und das Schutzkorps fest in seiner Hand hat. Das Heer ist bei Dr. Schuschnigg verblieben. Das neue Kabinett ist genau das 25. seit dem Umsturz im Jahre 1918.

Der bisherige Bundesminister Fey hat einen Landesbefehl an die Wiener Heimwehr erlassen, in dem es unter Bezugnahme auf die Regierungsumbildung u. a. heißt: „Ich befehle, daß sämtliche Kameraden und Truppen des Wiener Heimatschutzes vollkommene Ruhe und Disziplin zu halten haben, sich durch keinerlei Vorgänge, Gerüchte oder Agitationen zu Eigenmächtigkeiten und Disziplinlosigkeiten verleiten lassen. Kameraden! Ihr habt mir gestern Eure Liebe und Treue gezeigt, und ich erwarte dafür von Euch, daß Ihr obigem Befehl restlos Folge leisten werdet".

Der Führer untersagt unzulässige Eingriffe in die Filmzensur

Berlin, 18. Okt. Der Führer und Reichskanzler hat in einer an alle Staats- und Parteistellen gerichteten Verfügung unzulässige Eingriffe in die Filmzensur durch Einzelpersonen, Organisationen, Berufsstände, Verbände und ihre Presseorgane untersagt.

Günstige Entwicklung des deutsch-schweizerischen Verrechnungsabkommens

Basel, 18. Okt. Die Einzahlung der schweizerischen Einfuhrfirmen bei der Nationalbank für die aus Deutschland bezogenen Waren sollen in der ersten Oktoberhälfte stark gestiegen sein, so daß für den laufenden Monat ohne die Kohlenbezüge mit einer Gesamteinzahlung von 28 Millionen Franken zu rechnen ist.

Das wäre die höchste Einzahlung in einem Monat seit Bestehen des deutsch-schweizerischen Verrechnungsabkommens. In den Monaten August und September waren die Einzahlungen trotz der ziemlich gleich gebliebenen Einfuhrziffern von 28 bis 29 Millionen Franken auf 24 bis 20 Millionen Franken zurückgegangen, was mit den schwächeren Bezügen der Monate Mai-Juni in Zusammenhang gebracht wird, wofür die Bezahlungen infolge der Sommerferien etwas verspätet eingingen. Die in der vergangenen Woche erhobenen Forderungen nach einer Revision des Abkommens sind durch die Aufklärung wohl hinfällig geworden. Durch die erhöhten Oktober-Einzahlungen, zu denen auch vermehrte Beträge für Kohleneinfuhr hinzukommen, dürfte sich die Lage für die schweizerischen Gläubiger und damit für das Verrechnungsabkommen überhaupt wesentlich gebessert haben.

Anschlagsplan gegen den türkischen Staatspräsidenten aufgedeckt?

Istanbul, 18. Okt. Die Istanbuler Zeitung „Tan" bringt am Freitag in großer Aufmachung aus Ankara die Meldung, daß in den letzten Tagen der Plan eines Anschlages gegen den türkischen Staatspräsidenten Atatürk aufgedeckt worden sei. Bereits seit mehreren Tagen war bekannt, daß einige Personen, die auf ungesetzlichem Wege über die Südgrenze nach Anatolien eingedrungen waren, verhaftet worden sind, weil der Verdacht bestand, daß es sich um Leute mit hochverräterischen Absichten handle. Wie die Zeitung nun meldet, sind die Festgenommenen nach Ankara übergeführt und eingehend verhört worden. Der Führer der Bande, die anderen Nachrichten zufolge aus vier bis fünf Mann bestanden haben soll, heißt Yahya. Er ist ein Vertrauter des als Hochverräter bekannten Cerles Etem der während des Unabhängigkeitskampfes der Türkei eine dunkle Rolle spielte und zum Feind überlief. Er gehört zu den 150 Verbannten, denen die Türkei später die Staatsangehörigkeit aberkannte und die sich als politische Emigranten seither an verschiedenen Orten des Auslandes aufhalten. Die Untersuchung des jetzt aufgedeckten Anschlagsplanes hat an Hand der umfangreichen Geständnisse einwandfrei die verbrecherische Absicht der Verschwörer ergeben, so daß schon in der nächsten Woche mit dem Beginn des Hochverratsprozesses in Ankara gerechnet wird. Wie die Zeitung weiter meldet, ist im Verlaufe der Verhaftungen und Aussagen der Verhafteten auch der Name eines Abgeordneten aus der anatolischen Provinz Urfa, Urfavas, gefallen, so daß die Regierung von der Nationalversammlung die Aufhebung der Immunität dieses Abgeordneten verlangt hat.

Lokales

Wildbad, den 19. Oktober 1935.

Konzert der Kapelle des Musikvereins. In der geheizten neuen Trinkhalle spielt morgen Sonntag vormittag von 11—12 Uhr die Stadt-Kapelle, worauf alle Musikfreunde hiemit hingewiesen werden. — In den festlich geschmückten Restaurationsräumen des Kurhauses findet sowohl am Sonntag als auch am Kirchweih-Montag ab 4 Uhr nachmittags im Rahmen der Weinwerbewoche ein „Winzerfest" statt. Eine gute Tanzkapelle, unter Leitung von Musikdirektor Armbrust spielt zum Tanze auf.

Liederabend in der Kuranstalt. Zur großen Freude der Insassen der Kuranstalt gab der Gesangverein Liederkranz Wildbad am Donnerstag einen Liederabend im Festsaale des Hauses, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Unter der Stabführung ihres talentierten Dirigenten Herrn Armbrust, trug die wackere Sängerschar Volkslieder von Silcher vor. Die zu Herzen gehenden Weisen verfehlten nicht ihre Wirkung und schenkten den kriegsversetzten Kameraden ein paar erquickende Stunden, die allen in froher Erinnerung bleiben werden. Besonders erwähnt sei das Duett: Armbrust-Wendt, das sich durch sein hervorragendes Spiel, die Herzen aller gewann. Kamerad Kopp erfreute mit einigen Rezitationen. Der Liederkranz hat mit der gebotenen Feierstunde wiedrum bewiesen, daß er Volksgemeinschaft pflegt und zu pflegen gewillt ist, was auch Herr Romersch in seiner kurzen Ansprache zum Ausdruck brachte. Den Dank für den genußreichen Abend stattete Herr Med.-Rat Dr. Schnizer im Namen der Anstalt ab. Auch an dieser Stelle sei dem Gesangverein „Liederkranz" nochmals herzlich Dank gesagt.

Württemberg

Stuttgart, 18. Okt. (Willkommgruß an Sven Hedin.) Oberbürgermeister Dr. Strölin hat in einem herzlich gehaltenen Schreiben Dr. Sven Hedin, dem berühmten Forscher und treuen Freund Deutschlands, die Willkommensgrüße der Stadt Stuttgart übermittelt und ihm gleichzeitig dafür gedankt, daß er in Stuttgart in zwei Vorträgen über seine bahnbrechenden Forschungen berichten will.

Eßlingen, 18. Okt. (Ehrung.) Ein seltenes Jubiläum konnte Dr. jur. Karl Mattes begehen. Seit 25 Jahren ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Neckarwerke AG. in Eßlingen a. N. In einer Festsitzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft wurde dieses Jubiläum gefeiert. Zunächst beglückwünschte den Jubilar der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberbürgermeister Dr. Klaiber, zugleich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

im Namen des Neckar-Elektrizitätsverbandes, der an der Gesellschaft maßgebend beteiligt ist. Das Aufsichtsratsmitglied Direktor Dr. Lühr-Berlin feierte ihn namens des anderen Hauptaktionärs, der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludw. Loewe u. Co. AG., Berlin. Für den Vorstand der Gesellschaft sprach Direktor Pilz.

Geislingen, OA. Ludwigsburg, 18. Okt. (Fuchs in der Hühnerfarm.) Nachts drang in die Hühnerfarm des Landwirts W. Hehr ein Fuchs ein. Hierbei wurden nicht weniger als 30 Hühner getötet.

Ilsfeld, OA. Besigheim, 18. Okt. (Tot aufgefunden.) Der seit Neujahr ds. Js. abgängige 20 Jahre alte Bäckergeselle Fr. Sch. wurde im Walde bei Hößlinsülz erhängt aufgefunden. Nach dem Befund muß der Verstorbene schon vor langer Zeit den Freitod gesucht haben.

Drackenstein, OA. Geislingen, 18. Okt. (Kirchendiebstahl.) In der Nacht auf Mittwoch wurde in der Ortskapelle durch ein Fenster eingebrochen. Dem Dieb fielen einige alte wertvolle Gemälde in die Hände. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

Mergentheim, 18. Okt. (Landesobstbautag.) Von Samstag, den 19. Oktober bis Montag, den 21. Oktober findet in Bad Mergentheim der 21. Württ. Obstbautag statt. Obstbaufachleute und Obstzüchter aus allen Kreisen Württembergs, sowie aus dem benachbarten Bayern und Baden werden zu dieser Tagung erscheinen. In der neuen Wandelhalle im Kurpark wird eine große Obstschau veranstaltet durch die Kreise Künzelsau, Hall, Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim.

Oberndorf a. N., 18. Okt. (30 000 Mark für die Armen.) Eine hochherzige Stiftung machte der am Dienstag plötzlich verschiedene 74jährige Privatier Hermann Kienle, der früher lange Zeit Hauptbuchhalter der Mauserwerke war. Er hinterließ der Stadtverwaltung Oberndorf aus seinem Vermögen 30 000 RM. für die Armen. Am 1. Januar jeden Jahres sollen an die Hilfsbedürftigen zirka 1000 RM. zur Verteilung kommen.

Gerstetten, OA. Heidenheim, 18. Okt. (Die Hand abgesägt.) Am Mittwoch vormittag verunglückte der 20jährige Ernst Kiener dadurch, daß er im Sägwerk Berger mit der rechten Hand der Kreissäge zu nahe kam. Die Hand wurde schräg durchgesägt. Der Verunglückte wurde ins Bezirkskrankenhaus Heidenheim geführt, wo ihm die Hand vollends abgenommen werden mußte.

Laupheim, 18. Okt. (An Blutvergiftung gestorben.) Der 45 Jahre alte Werkzeugschlosser Josef Kästle ist an Blutvergiftung verschieden. Er hatte eine kleine Wunde an der Oberlippe, durch die Blutvergiftung entstand, die in einigen Tagen zum Tode führte.

Amtzell, OA. Wangen, 18. Okt. (Ertrunken.) In der Nacht zum Mittwoch verunglückte der 83jährige Privatier Anton Haid von Reibeisen bei Amtzell dadurch, daß er auf dem Heimweg über den Steg eines Baches ging, der nur aus einem Brett bestand. Der alte Mann stürzte, ohne daß es bemerkt wurde, in den Bach und ertrank.

Isny, 18. Okt. (Todesfall.) Nach kurzem, schwerem Leiden starb Monsignore Ehrendekan und Stadtpfarrer Johann Georg Marquart im 80. Lebensjahr. Er war der zweitälteste noch im Amt befindliche Geistliche der Diözese. 50¾ Jahre hat er seine Seelsorgerarbeit der Stadt Isny gewidmet.

Aus dem Gerichtssaal

Gefängnis für eine Kindsmörderin

Stuttgart, 18. Okt. Das Schwurgericht verurteilte ein 31jähriges Mädchen von Bad Cannstatt wegen Kindstötung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Die Angeklagte, die einen ziemlich lockeren Lebenswandel führt und bereits Mutter eines 9jährigen Knaben ist, begann sich im letzten Herbst wiederum Mutter zu fühlen. Der Vater des zu erwartenden Kindes, ein verheirateter Mann mit zwei Kindern von Stuttgart, empfahl der Angeklagten zunächst ein seiner Meinung nach wirksames Abtreibungsmittel, zog sich aber, als dieses wirkungslos blieb und seine Vaterschaft feststand, von dem Mädchen zurück, das ihn nicht einmal belangen konnte, da er sich ihm unter einem falschen Namen vorgestellt hatte. In ihrer Not legte deshalb die Mutter das Kind, nachdem sie es im Juli heimlich zur Welt gebracht hatte, in eine leere Schuhschachtel, die sie in ein Tuch wickelte, und unter ihre Bettdecke schob, wo das Kind bald erstickte. Der mitangeklagte Vater des getöteten Kindes konnte nur wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung zu 120 RM. Geldstrafe anstelle von 15 Tagen Gefängnis verurteilt werden, wurde aber vom Gericht als der moralisch Schuldige bezeichnet, der das Mädchen schnöde im Stich gelassen habe.

Einem Polizisten das Auge ausgeschlagen

Ravensburg, 18. Okt. Der 63 Jahre alte Ortspolizeidiener Anton Henke in Leupolz OA. Wangen hatte in der Nacht zum 2. September d. J. auf einem Dienstgang einen Motorradfahrer gestellt, der mit unbeleuchtetem Motorrad dahergefahren kam. Der Aufforderung des Beamten, der ein beleuchtetes Fahrrad bei sich führte und der in Uniform war, zur Angabe der Personalien, leistete der Motorradfahrer keine Folge, er riß vielmehr die Laterne vom Fahrrad, schlug sie dem Polizeidiener ins Gesicht und fiel dann über den alten Mann her. Es kamen jedoch andere Personen, darunter der Sohn des Beamten, zu Hilfe und der Motorradfahrer wurde festgenommen. Dieser hatte sich nun in der Person des 22 Jahre alten, aus Wertingen in Bayern stammenden, zuletzt in Leupolz beschäftigten ledigen Andreas Riener vor der Strafkammer hier wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Durch den tätlichen Angriff hatte der Ortspolizist nämlich das rechte Auge verloren. Das Gericht verurteilte den Rohling zu sieben Monaten Gefängnis. Der Verurteilte bleibt in Haft.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inh. Th. Gack) DA. 9. 35. 750
Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Allg. männl. Fortbildungsschule Wildbad.

Die zum Besuch der Allg. männl. Fortbildungsschule Verpflichteten — alle im letzten und vorletzten Frühjahr aus der Volksschule entlassenen Schüler, soweit sie keine Fachschule besuchen — haben sich am

Dienstag, den 22. Oktober 1935, nachmittags 3—5½ Uhr im Gewerbeschulzimmer

zu melden.

Ev. Volksschulrektorat.

Ihre Herbst- und Wintermäntel etc.
werden tadellos in gangbaren dunklen Farben zu billigsten Preisen **gefärbt** in der **Färberei Wüst.**
Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr. 25.

Hochwiese
Kirchweihsonntag
Wirtschaftsschluß
wozu freundlich einladet Hermann Schmid.

Calmbach
Gasthaus zum Bahnhof
Sonntag und Montag
Kirchweihtanz
Für gute Getränke und Speisen ist bestens gesorgt
Hierzu ladet herzlich ein
Albert Barth und Frau

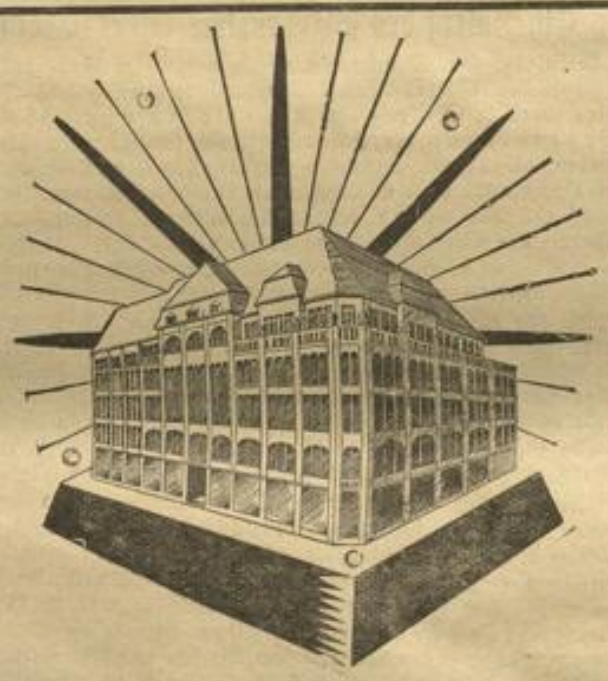
Calmbach
Zum Kirchweihtanz
am Sonntag und Montag spielt Kapelle „ALHACA"
wozu freundlich einladet
Familie Hermann Doettling
Zum Waldhorn

Höfen a. Enz
Gasthof zur Sonne
Zur Feier der Kirchweih
findet am Sonntag und Montag, den 20. und 21. Oktober, bei gutbesetzter Kapelle
Tanzunterhaltung
statt,
wozu höflichst einladet
Otto Schmauderer.

Nehme meine Praxis am Montag, den 21. Oktober wieder auf.
Artur Fritzsche, Dentist.

Hotel gold. Ochsen
Samstags und Sonntags geöffnet

Höfen a. Enz
Gasthof zum Ochsen
Zur Feier der Kirchweihe
am Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Oktober
Tanzunterhaltung
bei guter Streichmusik
wozu höflichst einladet
Carl Lustnauer.



KNOPF
das moderne Kaufhaus für alle Bedarfsartikel
Pforzheim
Marktplatz

Windhof Sonntag und Montag
Metzelsuppe

Achtung! Wildbader Gäste!

Wohin am Kirchweih-
??? Sonntag — Montag ???
Nach Calmbach
in „Goldenen Anker"
zum **TANZ** („Alhaca")
Neuen süßen Wein — Schlachtpartie
Es laden höflichst ein
Otto Barth und Frau

Zur Kirchweihe
auf nach **Calmbach**
in den Gasthof zum goldenen Hirsch

Metzelsuppe
Tanzunterhaltung
Musikkapelle Calmbach
Hierzu ladet freundlich ein
Eugen Seyfried und Frau.

Wohnung
mit 1 Zimmer, Küche und Holzplatz
zu vermieten.
Näheres in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Most und Wein
gären, schmecken und halten besser mit
Oma-Reinhefe
Erhältlich in flüssigen Kulturen von 50 Pfennig an
Eberhard-Drogerie Wildbad
Drogerie A. Barth, Calmbach

Gutes
Kuhfleisch
bei
Herm. Schmid.

Frisches Wild:
Hasen — Reh
Ziemer und Schlegel
Hirschfleisch u.-Ragout
Hahnen, Hühner und Gänse
Ad. Blumenthal, Tel. 264

Evangelischer Gottesdienst.

Kirchweihfest, den 20. Oktober 1935.
8 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtvikar Hahn.
9¾ Uhr Predigt (Text: Joh. 9, 24—41; Lied 89).
11 Uhr Kindergottesdienst.
6½ Uhr nachmittags Männliche Jugend 2.
Mittwoch abend 8 Uhr Mädchenabend im Gemeindesaal.
Donnerstag 6 Uhr Männliche Jugend 1.

Sprollenhaus.
Kirchweifest, den 20. Oktober 1935.
1¾ Uhr nachmittags Läuten.
Pünktlich 1½ Uhr nachmittags Predigt, Stadtvikar Hahn.

Katholischer Gottesdienst.

19. Sonntag nach Pfingsten, 20. Oktober 1935.
7¼ Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, Abends 6 Uhr Andacht.
Werktags 7 Uhr hl. Messe, abends 6 Uhr Rosenkranz.
Beichtgelegenheit: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe.
Kommunion: Vor- und während jeder heiligen Messe und des Amtes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw